



OBERÖSTERREICHISCHER
LANDESRECHNUNGSHOF

Bericht des
Oö. Landesrechnungshofes
über die Sonderprüfung
des Rechnungsabschlusses 1999
des Oö. Zivilschutzverbandes

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4015 Linz, Schubertstraße 4
Telefon: #43(0)732-7720/1426
Fax: #43(0)732-7720/4089
E-Mail: lrh.post@ooe.gv.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4015 Linz, Schubertstraße 4
Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Mai 2000

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	2
Zweck und Tätigkeit des Verbandes.....	3
Finanzsituation des Verbandes.....	3
<i>Rechnungsabschluss 1999.....</i>	<i>3</i>
<i>Bilanz per 31.12.1999</i>	<i>4</i>
<i>Erfolgsrechnung 1999.....</i>	<i>4</i>
<i>Liquiditätssituation</i>	<i>5</i>
Investitionen	6
Personal.....	6
<i>Personalstand und -entwicklung.....</i>	<i>6</i>
Bestellung eines neuen Geschäftsführers (Landessekretärs).....	7
Aufnahme von 2 hauptberuflichen Gebietsbetreuern.....	7
<i>Rechtsgrundlagen für Dienstverhältnisse.....</i>	<i>7</i>
<i>Zuständigkeit von Verbandsorganen.....</i>	<i>8</i>
Anti Temelin Offensive.....	8
Ausschöpfung eigener Einnahmequellen.....	8

Der Oö. Landesrechnungshof hat in der Zeit vom 6.4.2000 bis 14.4.2000 mit einem Gesamtaufwand von 30 Personentagen über Auftrag des nach der Geschäftsverteilung zuständigen Mitgliedes der Oö. Landesregierung, Landesrat Dr. Walter Aichinger, vom 13.3.2000, eine Sonderprüfung im Sinne des § 4 Abs. 3 Z. 5 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/99 beim OÖ. Zivilschutzverband, Linz, durchgeführt.

Die Prüfung wurde von Herrn Leopold Pesendorfer als Prüfungsleiter und Herrn Martin Mühlbacher durchgeführt.

Gegenstand der Prüfung war die widmungsgemäße Verwendung der an den Verband im Jahr 1999 gewährten Landesmittel.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde dem Landessekretär des Oö. Zivilschutzverbandes vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht. Auf die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme nach § 6 Abs. 5 Oö. LRHG wurde verzichtet. Die entsprechende Verzichtserklärung ist dem Bericht angeschlossen.

Ergebnis der Sonderprüfung

Kurzfassung

(1) Für die Informationstätigkeit und Mitarbeit am Aufbau des Zivilschutzes im Bundesland Oberösterreich erhielt der Oberösterreichische Zivilschutzverband im Jahr 1999 aus Landesmitteln Förderungsbeiträge von S 2,206.000,— für den laufenden Aufwand und rd. S 193.000,— für die Beteiligung an der Anti Temelin Offensive. Bis September 1999 kam dem Verband noch die Personalbeistellung des ehemaligen Landessekretärs aus dem Dienststand des Landes als Naturalsubvention von jährlich ca. S 750.000,— zugute.

(2) Die widmungsgemäße Verwendung der Förderungsbeiträge wurde durch die vollständige und rechnerisch richtige Bilanz und Erfolgsrechnung des Jahres 1999 grundsätzlich nachgewiesen.

(3) Für die Gewährung von Förderungsmitteln und vor allem für die Ermittlung der Höhe des voraussichtlichen Subventionsbedarfes vermisste der Landesrechnungshof einen zukunftsorientierten Maßnahmenkatalog mit geschätzten Kosten. Der Verband sollte jährlich zum Voranschlag ein mit Kosten und strategischen Zielen versehenes Konzept für den laufenden Aufwand und für Investitionen vorlegen.

(4) Der Oö. Zivilschutzverband ist gemeinnützig und nicht auf Gewinn ausgerichtet. Der Förderungsmodus des Landes und der Gemeinden bewirkte aber in letzter Zeit eine hohe Liquidität in der Vereinsgebarung. Um größere Geldbestände auf Spar- und Girokonten des Verbandes (per 6.4.2000 rd. S 1,850.000,—) zu vermeiden, empfiehlt der Landesrechnungshof

- die Landesförderungen künftig getrennt nach laufenden Aufwand und Investitionen zu bemessen und möglichst nach Bedarf anzuweisen sowie
- den Gemeinden im Voranschlagserslass der Abteilung Gemeinden ein Zahlungsziel vorzuschlagen.

(5) In der Informations- und Beratungstätigkeit erreichte der Verband im Jahr 1999 insofern kein optimales Kosten/Nutzen Verhältnis, als der inzwischen in den Ruhestand getretene Landessekretär seinen Aufgaben urlaubs- und krankheitsbedingt nur mehr eingeschränkt nachkommen konnte.

(6) Inzwischen wurde der bisherige Stellvertreter zum Landessekretär bestellt und in der Folge nahm der Verband 2 Bedienste auf. Für die Personalaufstockung um einen Mitarbeiter fehlten dem Landesrechnungshof neben klaren Zielvorgaben auch die Nachvollziehbarkeit des Bedarfes und der damit verbundenen Kosten.

Zweck und Tätigkeit des Verbandes

1. Primärer Zweck des Verbandes ist, den Selbstschutzgedanken im Sinne der Bundesverfassung im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes durch Veranstaltungen, Vorträge und Verbreitung von Informationen an die Bevölkerung über Presse, Rundfunk, Fernsehen und eigene Verbandszeitungen, Broschüren sowie Mitteilungsblätter zu fördern. Ein zukunftsorientierter und inhaltlich detaillierter Maßnahmenkatalog mit geschätzten Kosten lag nicht vor.
- 1.1 Im Jahr 1999 erreichte der Verband bei seinen Informations- Beratungstätigkeiten insofern kein optimales Kosten/Nutzen-Verhältnis, als der inzwischen pensionierte Landessekretär aus Urlaubs- und Krankheitsgründen seinen Aufgaben nur mehr eingeschränkt nachkommen konnte. Unter den gegebenen Umständen war der Verband dennoch um eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung bemüht. Im Vergleich zum Vorjahr waren aber die Vortrags- und Ausstellungstätigkeiten rückläufig.¹
- 1.2 Um den Aufgaben des Verbandes möglichst effizient nachkommen zu können, sollten verstärkt Konzepte für zukunftsorientierte Maßnahmen erstellt und geplante Zielsetzungen evaluiert werden.

Finanzsituation des Verbandes

Rechnungsabschluss 1999

2. Der vom Verband als Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung der Landesmittel vorgelegte Rechnungsabschluss 1999, bestehend aus der Bilanz per 31.12.1999 und der Erfolgsrechnung 1999, ist ordnungsgemäß unterfertigt und rechnerisch richtig erstellt.

Der Bilanzzusammenhang zwischen der Schlussbilanz per 31.12.1998 und der Eröffnungsbilanz per 1.1.1999 war gegeben. Ebenso konnte die richtige Übernahme der Salden der Hauptbuchkonten in die Bilanz per 31.12.1999 und in die Erfolgsrechnung 1999 festgestellt werden.

Bilanz per 31.12.1999

3. Der in der Anlage 1 dargestellte Vergleich der Bilanzen per 31.12.1999 und per 31.12.1998 zeigt, dass die Bilanzsumme um rd. S 141.000,— auf rd. S 425.000,— angestiegen ist.

Auf der Aktivseite ist die Erhöhung im wesentlichen auf das gegenüber dem Vorjahr um insgesamt rd. S 148.000,— höhere Umlaufvermögen (Geldbestände und Forderungen) zurückzuführen. Während sich die Geldbestände um insgesamt rd. S 337.000,— vermehrten, verringerten sich die Forderungen um insgesamt rd. S 188.000,—².

Passivseitig resultiert die Erhöhung der Bilanzsumme hauptsächlich aus dem gegenüber dem Vorjahr um rd. S 197.000,— höheren Verbandskapital, bedingt durch den Gebarungüberschuss 1999, und den um insgesamt rd. S 87.000,— geringeren Verbindlichkeiten (ohne passive Rechnungsabgrenzungen³).

- 3.1 Die Liquiditätssituation des Verbandes ist zum Bilanzstichtag als sehr gut zu bezeichnen. Dies zeigt sich daran, dass die Umlaufvermögenswerte (rd. S 413.000,—) zur Bedeckung der Verbindlichkeiten (rd. S 198.000,—) mehr als ausreichend sind.

Erfolgsrechnung 1999

4. Wie aus folgender Aufstellung und der Anlage 2 ersichtlich ist, hat sich der Gebarungüberschuss 1999 gegenüber dem Vorjahr bedingt durch Mehrausgaben von rd. S 478.000,— und den verhältnismäßig niedrigeren Mehreinnahmen von rd. S 325.000,— um insgesamt rd. S 152.500,— auf rd. S 197.100,— vermindert.

	1999	1998	Differenz
	i.T.S	i.T.S	+/-
Aufwendungen	4.630	4.152	478
Erträge	4.827	4.502	325
Gebarungüberschuss	197	350	-153

Maßgebend für die gestiegenen Aufwendungen waren im wesentlichen die um rd. S 415.000,— höheren Anlagenabschreibungen⁴, die Anti Temelin Offensive von rd. S 174.000,—⁵ und der Mehraufwand bei den Instandhaltungskosten, Bürobedarfs-, Telefon-, Internet-, Fax- und Portokosten von zusammen rd. S 117.500,—⁶ sowie den Kosten für Pressearbeit und sonstigen Aufwendungen von insgesamt rd. S 52.100,—.

Ein Kostenrückgang war hingegen bei den Personalkosten von rd. S 161.300,—⁷, bei den Ausstellungs- und Vortragskosten von insgesamt rd. S 79.100,— und bei den Kosten für die Fahrradcodierungsaktion von rd. S 69.300,— zu verzeichnen⁸.

Obwohl die Einnahmen aus den Gemeindebeiträgen um rd. S 432.000,—⁹ und die Landessubventionen um insgesamt rd. S 210.000,— , (inkl. Anti Temelin Offensive) gestiegen sind, ergab sich gegenüber dem Vorjahr nur eine Ertragssteigerung von rd. S 325.000,—. Dies vor allem deshalb, weil die sonstigen Einnahmen und Kostenersätze um rd. S 253.000,— und die Einnahmen aus der Fahrradcodierungsaktion um rd. S 77.000,— zurückgingen.

Liquiditätssituation

5. Durch höhere Förderungsbeiträge des Landes OÖ. und der Gemeinden verbesserte sich die Liquiditätssituation des Verbandes in den letzten Jahren zusehends. So verfügte der Verband, trotz der verhältnismäßig hohen Investitionsausgaben, per 31.12.1999 über liquide Mittel in Höhe von rd. S 350.000,—. Zum Stichtag 6.4.2000 belief sich der **Geldbestand auf rd. S 1,850.000,—**. Diese Überliquidität kam hauptsächlich dadurch zustande, weil bis zu diesem Zeitpunkt die Gemeinden bereits ca. 68 % und das Land OÖ. 50 % der zu erwartenden Förderungsbeiträge angewiesen hatten.¹⁰
- 5.1. Um eine derart hohe Liquidität zu vermeiden, wird vom Landesrechnungshof eine **möglichst bedarfsgerechte Anweisung der Förderungsbeiträge** seitens des Landes, getrennt für Investitionen und für laufende Aufwendungen, empfohlen. Erforderlichenfalls sollte die Anweisung der Förderungsmittel mit den Gemeinden koordiniert werden. In diesem Zusammenhang wäre es zweckmäßig, in den jährlichen Erlass der Abteilung Gemeinden beim Amt der oö. Landesregierung zur Erstellung der Voranschläge in die Förderungsempfehlung ein Zahlungsziel für die Gemeindebeiträge (derzeit S 2,— pro Einwohner) aufzunehmen.
- 5.2. Obwohl im Jahr 1999 für frei verfügbare Gelder Sparkonditionen bei verschiedenen Banken verglichen wurden, erfolgte die Veranlagung von überschüssigen Mitteln nicht beim Bestbieter. Da in weiterer Folge die Zinsen vom Geldinstitut noch gesenkt wurden, musste die Sparbuchverzinsung als relativ niedrig angesehen werden. Im Zuge der Prüfung konnte jedoch für die Spareinlage von über S 1,1 Mio. eine Anpassung des Zinssatzes von 2,25 % auf 3,25 % p.a. erreicht werden. Der Landesrechnungshof regt daher an, in Hinkunft das Zinsgefüge laufend zu beobachten.

Investitionen

6. Im Voranschlag 1999 waren keine Investitionen vorgesehen. Aufgrund der guten Finanzlage war es dem Verband möglich, gegen Ende des Jahres notwendige Investitionen zu tätigen.¹¹
- 6.1. Für die Investitionstätigkeit vermisste der Landesrechnungshof jedoch eine generelle Investitionsplanung. Es wird daher empfohlen, in Hinkunft eine längerfristige Investitionsplanung vorzunehmen und diese alljährlich bei der Erstellung des Voranschlages zu berücksichtigen.
7. Die Investitionsausgaben im Jahr 1999 in Höhe von rd. S 451.000,— betrafen im wesentlichen
- den Ankauf eines gebrauchten VW Kastenwagens (S 153.000,—),
 - den Erwerb eines Multi Media Projektors samt Notebook (rd. S 79.000,—) und den
 - Neuankauf eines Kopiergerätes (rd. S 126.000,—).
- Für den Ankauf des Ausstellungsprojektors und des Kopiergerätes wurden Vergleichsangebote eingeholt, wobei in beiden Fällen nicht der Billigstbieter, sondern der Bestbieter den Zuschlag erhielt.
- 7.1. Nachdem die jeweiligen Vergaben an den Bestbieter wegen mangelhafter Aufzeichnungen nur schwer nachvollziehbar waren, empfiehlt der Landesrechnungshof, in Hinkunft das Vergabeverfahren und insbesondere die Bestbieterermittlung genauer zu dokumentieren.

Personal

Personalstand und -entwicklung

8. Bis September 1999 waren für die Agenden des Oö. Zivilschutzverbandes 1 Geschäftsführer (Landessekretär), 1 Stellvertreter und 3 weitere Bedienstete (ohne Reinigungskraft) angestellt. Dabei befand sich der mit 1.10.99 in den Ruhestand getretene Landessekretär aber im Dienststand des Landes Oberösterreichs und schien kostenmäßig nur in der Gebarung des Landes als Naturalsubvention auf.¹²

Inzwischen bestellte der Landesvorstand des Verbandes einen neuen Geschäftsführer und nahm 2 neue Bedienstete für die regionale Gebietsbetreuung auf.

Bestellung eines neuen Geschäftsführers (Landessekretärs)

9. Die freigewordene Stelle des Geschäftsführers des Verbandes wurde ohne Ausschreibung an den bisherigen Stellvertreter vergeben.
- 9.1. Wenngleich der Oö. Zivilschutzverband zu keiner Ausschreibung verpflichtet war, bedauert der Landesrechnungshof den Verzicht auf eine Stellenausschreibung. Eine breitere Kandidatenauswahl hätte voraussichtlich zusätzliche Impulse und Ideen für die Verbandstätigkeit ermöglicht.

Aufnahme von 2 hauptberuflichen Gebietsbetreuern

10. Lt. Voranschlag 2000 war geplant, einen zusätzlichen Mitarbeiter aufzunehmen.¹³ Mit Dezember 1999 stellte der Verband aber 2 neue Bedienstete zur Unterstützung im Landessekretariat sowie der Bezirksleiter und der Sicherheitsbeauftragten in den Gemeinden ein. Diese primär für die regionale Gebietsbetreuung vorgenommene Personalmaßnahme lässt jährliche Personal- und Sachkosten von über S 840.000,— erwarten, wofür der Verband um zusätzliche Förderungen des Landes und um Lohnkostenzuschüsse durch das Arbeitsmarktservice angesucht hat.¹⁴
- 10.1. Für die Personalaufstockung vermisste der Landesrechnungshof neben klaren Zielvorgaben auch die Nachvollziehbarkeit des Bedarfes. Um Überschneidungen im Tätigkeitsbereich der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter¹⁵ zu vermeiden, sollte ein entsprechender Aufgaben- und Maßnahmenkatalog mit Kostenberechnungen erstellt werden.
- 10.2. *Die Notwendigkeit der Personalaufstockung um einen Mitarbeiter begründet der Verband mit einer verstärkten Regionalisierung und möglichst bürgernahen Tätigkeit.*

Rechtsgrundlagen für Dienstverhältnisse

11. Für die vom Verband abgeschlossenen Dienstverträge gilt grundsätzlich das Angestelltengesetz. Aufgrund einer Festlegung in der Geschäftsordnung (§ 17) richten sich aber die Bezüge des Personals nach den gehaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes Oberösterreichs.
12. Eigenen Angaben zufolge, ist der Verband über die gehaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes nicht immer ausreichend informiert.¹⁶ Außerdem ist bei Dienstverhältnissen nach dem Angestelltengesetz in Verbindung mit einer Entlohnung nach den gehaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes (Oö. LVBG) eine gewisse Rechtsproblematik (beispielsweise bei Abfertigungsansprüchen und Urlaubsabfindungen) gegeben.
- 12.1. Aus Gründen der Rechtssicherheit empfiehlt der Landesrechnungshof grundsätzlich eine kollektivvertragliche Entlohnung der Bediensteten. Hinsichtlich der Höhe der Entlohnung könnte sich der Verband durchaus auch weiterhin am Gehaltsniveau der Vertragsbediensteten des Landes orientieren.

Zuständigkeit von Verbandsorganen

13. Nach der Geschäftsordnung des Verbandes (§17) ist der Landesvorstand für die Aufnahme, Kündigung bzw. Entlassung des Personals zuständig. In allen übrigen Personalangelegenheiten (z.B. bei Änderungen von Dienstverhältnissen) ist der Kompetenzbereich der Verbandsorgane nicht näher geregelt.
- 13.1. Der Landesrechnungshof empfiehlt, bei der nächsten Änderung der Geschäftsordnung die Zuständigkeit der Verbandsorgane in Personalangelegenheiten klarer als bisher festzulegen.

Anti Temelin Offensive

14. Dem Verband wurden aufgrund entsprechender Ansuchen über die oö. Umwelt Akademie beim Amt der oö. Landesregierung aus dem Umweltressort für die Durchführung der Anti Temelin Offensive (“Infokampagne Kernkraftwerksrisiken”) am 12.3.1999 Förderungsmittel in Höhe von S 193.440,— zur Verfügung gestellt. Davon wurden im Jahr 1999 für dieses Projekt rd. S 174.000,— widmungsgemäß verwendet.¹⁷

Der nicht verbrauchte Restbetrag von rd. S 20.000,— wurde per 31.12.1999 in der Buchhaltung als Passive Rechnungsabgrenzung dargestellt und am 31.1.2000 gegen das Ertragskonto Nummer 8000 aufgelöst. Die widmungsgemäße Weiterverwendung dieser Restmittel erfolgte erst im Jahr 2000.

Ausschöpfung eigener Einnahmequellen

15. Die Einnahmen des Verbandes stammen zu 95 % aus Förderungsmitteln des Landes OÖ. und der Gemeinden. Die eigenen Einnahmen (Broschüren- und Werbeartikelverkauf, Honorare für Grundwehr- und Zivildienerausbildung und Zinsenerträge) hielten sich hingegen in einem eher bescheidenen Rahmen.
- 15.1. Um den finanziellen Spielraum des Verbandes verstärkt aus eigener Kraft sicherzustellen, empfiehlt der Landesrechnungshof, möglichst zusätzliche Einnahmequellen (z.B. Sponsoren) zu erschließen.

Abschließend bedankt sich der Landesrechnungshof beim Landessekretär und den Bediensteten des Oö. Zivilschutzverbandes für deren Auskünfte und konstruktive Zusammenarbeit im Zuge der Prüfung.

3 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 25.5.2000

Dr. Helmut Brückner

Direktor des Landesrechnungshofes

- 1 Die Anlage 3 gibt einen Überblick über die Verbandstätigkeiten der Jahre 1998 und 1999.
- 2 Der Rückgang bei den Forderungen ergibt sich hauptsächlich dadurch, dass die für das Jahr 1998 zusätzlich gewährten Förderungsmitteln in Höhe von S 170.000,— erst 1999 überwiesen wurden.
- 3 Bei den passiven Rechnungsabgrenzungen (rd. S 30.000,—) handelt es sich um keine direkten Verbindlichkeiten, sondern um fremde Vorauszahlungen wie Gemeindebeiträge, Restmitteln für die Temelin Offensive und Spenden.
- 4 Es handelt sich dabei um Investitionen die im Jahr der Anschaffung bis auf den “Erinnerungsschilling” beschrieben werden. Der Erinnerungsschilling ist jeweils in der Bilanz beim Anlagevermögen ausgewiesen.
- 5 Die Aufwendungen der Anti Temelin Offensive wurden durch Landessubventionen zur Gänze abgedeckt. Siehe dazu die Ausführungen im Prüfungsbericht Pkt. “Anti Temelin Offensive”.
- 6 Die höheren Kosten betreffen im wesentlichen den Instandhaltungsaufwand von + rd. S 45.000,— und die Kosten für den Bürobedarf von + rd. S 62.000,—, hauptsächlich bedingt durch die EDV-Hilfestellungskosten.
- 7 Der Verband beschäftigte im Jahr 1999 keine Mitarbeiter über das Arbeitsmarktservice (1998 teilweise 2 Personen). Damit begründet sich auch der Rückgang bei den sonstigen Einnahmen und Kostenersätzen durch das AMS.
- 8 Der Rückgang bei den Ausstellungs- und Vortragskosten sowie bei den Kosten der Fahrradcodierungsaktion ist auf die rückläufige Anzahl der jeweiligen Veranstaltung bzw. Aktion zurückzuführen.
- 9 Der Grund für die höheren Einnahmen aus den Gemeindebeiträgen war die Anhebung des Gemeindebeitrages ab 1.1.1999 von S 1,50 auf S 2,— pro Einwohner. Die Gemeinden sind gesetzlich nicht verpflichtet den Gemeindebeitrag zu leisten. Wären sämtliche Gemeinden, im speziellen die Statutarstädte, dem Förderungsansuchen des Verbandes zur Leistung des Gemeindebeitrages im vollem Ausmaß nachgekommen, so wären die Einnahmen des Verbandes um insgesamt rd. S 551.000,— höher gewesen. Die Zahlungsmoral der Gemeinden ist dennoch als sehr gut zu bezeichnen.
- 10 Im Voranschlag des Verbandes sind für das Jahr 2000 Förderungsbeiträge der Gemeinden mit S 2,2 Mio. und die Subventionen des Landes mit rd. S 2,373 präliminiert. Diese Förderungsbeiträge stellen ca. 95 % der veranschlagten Erträge dar. Die halbe Landesförderung von insgesamt S 1,186 Mio. wurden dem Verband in 2 gleich hohen Raten am 8.2. und am 5.4.2000 angewiesen.
- 11 Die Notwendigkeit der Neu- und Ersatzbeschaffungen ergab sich durch die Aufnahme von 2 neuen Bediensteten und durch den Nachholbedarf aufgrund der geringen Investitionstätigkeit in den Vorjahren.
- 12 Die Naturalsubvention basiert auf einer Verfügung des damaligen Personalreferenten der Oö. Landesregierung und ist im Landesvoranschlag 1999 mit S 750.000,— und 2000 mit S 790.000,— veranschlagt. Mit der Pensionierung des ehemaligen Landessekretärs hat sich diese Subventionsleistung erübrigt.
- 13 Lt. Auskunft des Verbandes war zum Zeitpunkt der Voranschlagserstellung die Pensionierung des Landessekretärs noch nicht absehbar.
- 14 Um die Personalaufstockung auf Dauer finanzieren zu können, strebt der Verband zusätzliche Landesbeihilfen in Höhe der bisherigen Naturalsubvention an. Nur im Jahr 2000 können Lohnkostenzuschüssen des AMS von rd. S 201.000,— erwartet werden.
- 15 Grundsätzlich sind Bezirksleiter und Sicherheitsbeauftragte in den Gemeinden ehrenamtliche Mitarbeiter. Die Bezirksleiter erhalten nur für ihre Tätigkeiten (Vorträge und Beratungen) entsprechende Entschädigungen gemäß der Gebührenordnung des Verbandes.
- 16 In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass den 2 neu aufgenommenen Gebietsbetreuern bereits mit Dienstantritt eine Leistungszulage gewährt wurde, obwohl bei sinngemäßer Anwendung der Oö. Landesvertragsbediensteten-Verordnung für die Zuerkennung der Leistungszulage eine Dienstzeit von mehr als 2 Jahren erforderlich ist.
- 17 Lt. Schreiben der oö. Umwelt Akademie vom 13.1.1999 hätte die Auszahlung des Förderungsbetrages eigentlich erst nach Vorlage der Originalrechnungen mit entsprechenden Zahlungsbelegen erfolgen können. Wie aus dem entsprechenden Aufwandskonto “Anti Temelin Offensive” hervorgeht, wurden die letzten Rechnungen im Juni 1999 gebucht.

Vergleich der Bilanzen per 31.12.1999 und per 31.12.1998

AKTIVA	per 31.12.1999	per 31.12.1998	Differenz
	S	S	S (+/-)
Anlagevermögen	128,00	125,00	3,00
Vorräte	17.291,80	14.692,10	2.599,70
Kassa	1.636,15	807,95	828,20
Bankguthaben	24.825,63	0,00	24.825,63
Sparguthaben	323.395,85	11.968,16	311.427,69
Forderungen	45.474,00	233.536,38	-188.062,38
Aktive Rechnungsabgrenzung	12.187,70	22.946,16	-10.758,46
Summe Aktiva	424.939,13	284.075,75	140.863,38

PASSIVA	per 31.12.1999	per 31.12.1998	Differenz
	S	S	S (+/-)
Bankverbindlichkeiten	0,00	118.051,11	-118.051,11
Verbindl. Finanzamt	27.258,21	18.940,25	8.317,96
Verbindl. OÖ. GKK	57.228,58	38.010,28	19.218,30
Sonst. Verbindlichkeiten	83.117,31	79.242,75	3.874,56
Passive Rechnungsabgrenzung	30.410,85	0,00	30.410,85
Verbandskapital	226.924,18	29.831,36	197.092,82
Summe Passiva	424.939,13	284.075,75	140.863,38

Vergleich der Erfolgsrechnungen 1999 und 1998

AUFWENDUNGEN	1999	1998	Diff. 1999/98
	S	S	S (+/-)
Personalkosten	1.965.849,56	2.127.196,57	-161.347,01
Miete u. Versicherungen	206.459,43	205.591,16	868,27
Strom u. Heizung	26.588,31	28.057,41	-1.469,10
Kfz-Aufwand	87.256,91	95.176,20	-7.919,29
Instandhaltungsaufwendungen	71.145,42	26.454,10	44.691,32
Telefon-, Fax-, Internet- u. Portogebühren	104.556,92	93.887,22	10.669,70
Bürobedarf	132.235,92	70.053,97	62.181,95
Drucksorten, Dias, Filme	72.292,12	95.809,70	-23.517,58
Ausstellungen, Vorträge, Veranstaltungen	616.134,03	695.221,38	-79.087,35
Werbung u. Zeitung	120.149,99	110.643,70	9.506,29
Tagungen, Seminare, Sitzungen	26.290,00	31.490,50	-5.200,50
Schulungen u. Reisekosten	81.657,40	77.869,80	3.787,60
Aufwand für Bezirks- u. Stadtleitungen	204.701,03	156.950,25	47.750,78
Mitgliedsbeiträge	28.440,00	23.700,00	4.740,00
Fahrradcodierung	136.059,00	205.353,68	-69.294,68
Sonstige Aufwendungen	66.179,52	49.023,31	17.156,21
Pressearbeit	57.500,00	22.550,00	34.950,00
Anti-Temelin-Offensive	173.839,15	0,00	173.839,15
Anlagenabschreibungen	452.448,14	37.035,40	415.412,74
Summe Aufwendungen	4.629.782,85	4.152.064,35	477.718,50

ERTRÄGE	1999	1998	Diff. 1999/98
	S	S	S (+/-)
Verkaufserlös f. Broschüren usw.	10.783,00	10.930,50	-147,50
Honorare Bundesheer u. Zivildienerausbildg.	50.150,00	52.600,00	-2.450,00
Sonstige Einnahmen u. Kostenersätze,			
Ertr. aus Vorperioden	38.024,20	291.388,46	-253.364,26
Zinserträge	23.160,92	6.967,48	16.193,44
Einzahlungen Vollkaskoversicherung	8.856,40	8.774,80	81,60
Beiträge Fahrrad-Codierung	122.800,00	199.540,00	-76.740,00
Subvention Land Oö.	2.206.000,00	2.170.000,00	36.000,00
Sondermittel Land Oö. f.			
Anti Temelin Offensive	173.839,15	0,00	173.839,15
Förderungsbeiträge Gemeinden	2.193.262,00	1.761.459,90	431.802,10
Summe Erträge	4.826.875,67	4.501.661,14	325.214,53

Summe Aufwendungen	4.629.782,85	4.152.064,35	477.718,50
Summe Erträge	4.826.875,67	4.501.661,14	325.214,53
Gebärungsüberschuß/abgang	197.092,82	349.596,79	-152.503,97

Überblick über die Verbandstätigkeit

	1999 Stunden	1998 Stunden	Diff. +/-
1. Vorträge:			
Vorträge in Schulen, Erste-Hilfe-Kurse			
Selbstschutzinformationszentren	1671	1713	-42
Unterweisungen Grundwehrdiener (4 Stundenprogramm)	176	226	-50
Unterweisungen Zivildienstler (10 Stundenprogramm)	320	352	-32
Summe Vorträge	2167	2291	-124
2. Persönliche Beratung:			
über Schutzraumbau, Katastrophenschutz und Bevorratung			lt. Auskunft des Landes- sekretärs ca. 150 Beratungen im Jahr 1999
	1999 Anzahl	1998 Anzahl	Diff. +/-
3. Ausstellungen:			
bei Messen, Gewerbeschauen, Marktfesten, Gesund- heitstagen in Schulen, Banken und Ämtern			
Mit Betreuung	28	35	-7
Ohne Betreuung	31	28	3
Summe Ausstellungen	59	63	-4
4. Sonderausstellung:			
Anti Temelin Offensive (Sonderausstellung)	17	0	17
5. Sicherheitszentren in den Gemeinden	332	315	17
6. Zivilschutzrallye: Wettbewerbsveranstaltungen in Schulen u. bei öffentlichen Veranstaltungen	Tage 4	Tage 8	Diff. -4
7. Fahrradcodierung (Anzahl der Fahrräder)	4024	8236	-4212
8. Internet - Homepage	1	0	1

Aktenvermerk

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Sonderprüfung
über die widmungsgemäße Verwendung von
Förderungsmitteln

Oö. Landesrechnungshof	
Eingel.	19. Mai 2000
Lrh-K-800002/4 Blg. 0	

aa. 19.5.00

Aktenzahl: LRHK-800002/2-2000-Pes

Ort und Datum: Oö. Zivilschutzverband, Linz am 15.5.2000

Teilnehmer des Oö. Zivilschutzverbandes: Präsident LAbg. Anton Hüttmayr (entschuldigt)
Landessekretär Ing. Franz Steuerer
Verbandsbuchhalterin Hermine Reisinger

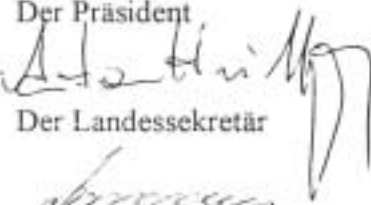
Mitglieder des Landesrechnungshofes: WAR. Leopold Pesendorfer
AS. Martin Mühlbacher

Dem Präsidenten sowie den angeführten Teilnehmern des Oö. Zivilschutzverbandes ist das vorläufige Ergebnis der Sonderprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Über den Inhalt des zur Einsicht vorgelegten Arbeitspapiers konnte übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Der Landessekretär des Oö. Zivilschutzverbandes verzichtete auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Der Präsident


Der Landessekretär

Mitglieder des LRH

